



Aktueller Begriff

Vor zwanzig Jahren: Der Fall der Mauer am 9. November 1989

Politischer Aufbruch in Osteuropa

Michail Gorbatschow, seit März 1985 KPdSU-Generalsekretär, leitete 1986 als Reaktion auf die umfassende Systemkrise der kommunistischen Staaten unter den Leitbegriffen „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestrojka“ (Umbau) Reformen ein, die autoritäre Strukturen in Frage stellten und Mitspracherechte zu erweitern suchten. Diese Reformen gaben der politischen Opposition in den Ostblock-Staaten erheblichen Auftrieb. Zugleich trug das Abrücken Gorbatschows von der Breschnew-Doktrin, die seit 1968 die eingeschränkte Souveränität der Warschauer-Pakt-Staaten festschrieb, zu einer Erweiterung der nationalen Handlungsspielräume in diesen Staaten bei. Vor allem Ungarn und Polen nahmen im Reformprozess eine Vorreiterrolle ein und bildeten in ihren Ländern frühzeitig pluralistische Strukturen mit Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit aus.

Formierung der politischen Opposition in der DDR

Als Reaktion auf die allgegenwärtige staatliche Bevormundung und Unterdrückung jedweder Kritik, aber auch infolge der Unzufriedenheit mit der zunehmend desolateren wirtschaftlichen Versorgungslage hatte sich in der DDR seit Ende der siebziger Jahre eine vor allem im kirchlichen Umfeld angesiedelte und immer größer werdende Opposition gebildet. Diese sah sich durch die Reformpolitik Gorbatschows bestätigt und verstärkte seit Mitte der 1980er-Jahre ihre Aktivitäten. Entgegen den Erwartungen der Systemkritiker reagierte die überalterte, politisch erstarrte DDR-Führung zurückhaltend auf die Veränderungen in der Sowjetunion. Dafür war nicht zuletzt die Überlegung ausschlaggebend, dass marktwirtschaftliche und demokratische Reformen zwangsläufig zu einer Annäherung an das System der Bundesrepublik führen würden, was langfristig die Legitimation der DDR als eigenständiger zweiter deutscher Staat infrage stellen musste.

Aufgrund ihrer Reformverweigerung auch unter den sozialistischen „Bruderländern“ zunehmend isoliert, suchte die DDR-Führung durch eine Intensivierung der Repressions- und Überwachungsmaßnahmen der wachsenden Kritik Herr zu werden. Gleichwohl gelang es dem SED-Staat nicht mehr, die Opposition vollständig zum Schweigen zu bringen. Dies wurde etwa während der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 17. Januar 1988 deutlich, als Mitglieder von Oppositionsgruppen sich unter Verweis auf Rosa Luxemburgs bekanntes Diktum „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ mit systemkritischen Transparenten und Plakaten an der offiziellen SED-Kundgebung beteiligten. Trotz des massiven Vorgehens der Staatssicherheit gegen die Demonstranten und zahlreicher Festnahmen ließen sich die Oppositionsgruppen auch in der Folgezeit nicht von einer Ausdehnung ihrer Aktivitäten abschrecken. Im Mai 1989 machten Oppositionelle, die versteckt die Stimmenauszählungen bei der Kommunalwahl beobachtet hatten, auf offenkundige Wahlmanipulationen öffentlich aufmerksam und organisierten den Protest hiergegen. Noch am Wahlabend protestierten in Leipzig rund 1.000 Menschen gegen die verordneten Fälschungen.

Ausreisewelle im Sommer 1989

Aus Enttäuschung über den ersichtlichen Reformunwillen der SED-Führung, die weiterhin mit Bespitzelung, Manipulation und Repression ihr Zwangsregime zu bewahren suchte, sowie aus Unmut über die mangelnde Versorgung entschlossen sich immer mehr Menschen, die DDR zu verlassen. Nach dem Abbau

Nr. 91/09 (6. November 2009)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

der Sperranlagen an der österreichisch-ungarischen Grenze im Frühsommer 1989 reisten in den Urlaubsmonaten zahlreiche DDR-Bürgern nach Ungarn, Polen und in die CSSR, um von dort in die Bundesrepublik zu gelangen. Viele konnten über die „grüne Grenze“ zwischen Ungarn und Österreich den Westen erreichen. Andere suchten Zuflucht in den westdeutschen Botschaften in Ost-Berlin, Prag, Warschau und Budapest. Wegen des großen Andrangs waren die Aufnahmekapazitäten der Botschaften sehr bald erschöpft, so dass sie zeitweilig wegen Überfüllung geschlossen werden mussten. Nachdem Ungarn Anfang September 1989 seine Westgrenze aus humanitären Gründen für alle DDR-Bürger geöffnet hatte, gelang es Ende September auf diplomatischem Wege und unter erheblichem Druck Moskaus schließlich auch, den DDR-Flüchtlingen in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau die Ausreise in die Bundesrepublik zu ermöglichen.

Die Massenproteste – Das Volk begehrt auf

Die auch in den folgenden Wochen anhaltende Ausreisewelle und die hilflosen Reaktionen der Staatsführung machten aller Welt deutlich, wie sehr das SED-Regime bereits an Autorität und Stabilität eingebüßt hatte. Der einstmals allmächtige Staatsapparat zeigte sich verwundbar und gab so der Oppositionsbewegung weiteren Schwung. Vor allem die Leipziger Montagsdemonstrationen, die seit Anfang September 1989 wöchentlich im Anschluss an die Friedensgebete in der Nikolaikirche stattfanden, standen im Zentrum des öffentlichen Protestes gegen das SED-Regime. Bald sprang die Protestwelle auch auf andere Städte über. Die immer zahlreicheren Demonstranten forderten das Ende von Bevormundung und Repression, durchgreifende Reformen, freie Wahlen sowie Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Später, vor allem nach dem 11. November, wurden auch Forderungen nach einer raschen Wiedervereinigung und Übernahme des politischen und Gesellschaftssystems der Bundesrepublik erhoben. Auch während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Staatsgründung am 7. Oktober kam es vielerorts zu Demonstrationen, gegen die die Sicherheitsorgane mit massiver Gewalt voringen. Rund 3.500 Menschen wurden verhaftet, davon mehr als 1.000 allein in Berlin. Angesichts des großen Zulaufs, den die Protestbewegung in der gesamten DDR erhielt, war spätestens seit den Leipziger Montagsdemonstrationen vom 9. und 16. Oktober 1989 mit mehr als 70.000 bzw. 100.000 Menschen abzusehen, dass der Niedergang des SED-Regimes nicht mehr aufzuhalten war.

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989

Unter dem Druck der Protestbewegung mehrten sich innerhalb der Führungselite Konflikte, Handlungsblockaden und Auflösungserscheinungen. Am 18. Oktober entband das SED-Zentralkomitee Erich Honecker „auf eigenen Wunsch“ von allen seinen Ämtern und wählte Egon Krenz zum neuen Generalsekretär. Am 4. November 1989 versammelten sich mehr als 500.000 Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz zur größten Massendemonstration in der Geschichte der DDR. Am 6. November protestierten rund 300.000 Leipziger Montagsdemonstranten gegen den Entwurf eines neuen Reisegesetzes, das jedem DDR-Bürger auf Antrag für maximal 30 Tage pro Jahr Auslandsreisen gestattete. Der Entwurf wurde am 7. November von der Volkskammer als unzureichend abgelehnt. Noch am selben Tag trat der DDR-Ministerrat, einen Tag später auch das SED-Politbüro zurück. Die Verlesung einer Erklärung zu einer neuen Reiseverordnung, der zufolge künftig ohne Angabe von Gründen kurzfristig Genehmigungen für Reisen ins Ausland erteilt würden, durch den Sprecher des Zentralkomitees Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz am Abend des 9. November setzte eine unvorhergesehene Kettenreaktion in Gang. Auf Nachfrage eines Journalisten, wann die Verordnung in Kraft trete, antwortete Schabowski, dass nach seiner Kenntnis die Regelung „sofort, unverzüglich“ gelte. Im Laufe des Abends erfuhren immer mehr Menschen von der sensationellen Meldung und strömten zu den Grenzübergangsstellen. Vor dem großen Ansturm mussten die Grenzschützen schließlich kapitulieren: Kurz nach 23 Uhr wurde zunächst der Übergang an der Bornholmer Straße geöffnet, bis Mitternacht waren alle innerstädtischen Grenzübergangsstellen offen. In ganz Berlin versammelten sich Menschen aus Ost und West in dieser „Wahnsinnsnacht“ zu spontanen Freudenfeiern. Nach 28 Jahren der Teilung war die Mauer faktisch gefallen. Wie die weitere Entwicklung zeigte, besiegelte der Mauerfall den Untergang der DDR und öffnete den Weg zur deutschen Einheit.